

KOMMUNALPROGRAMM

KREISVERBAND KARLSRUHE-STADT

KOMMUNALPOLITISCHE LEITSÄTZE

- Wir wollen mehr direkte Demokratie zur Stärkung der Teilnahme und Teilhabe der Menschen in Karlsruhe. Dazu gehört eine Stadtentwicklung mit Bürgerbeteiligung in allen Phasen des politischen Prozesses.
- Wir setzen uns für Transparenz in kommunalen Unternehmen, der Kommunalpolitik sowie der Verwaltung ein. Dazu gehört das Einführen einer kommunalen Informationsfreiheitsatzung.
- Wir wollen, dass das Verhältnis zwischen Bürgern und öffentlicher Verwaltung von gegenseitigem Respekt geprägt ist.
- Wir wollen selbstbestimmte, ökologisch, ökonomisch und sozial handelnde, starke Kommunen.
- Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen stärken und regionale Wirtschaftskreisläufe fördern.
- Karlsruhe kann nicht isoliert betrachtet werden. Von einer guten Vernetzung mit der Region - auch länderübergreifend - können alle profitieren.
- Wir wollen eine Verkehrsinfrastruktur, die alle Verkehrsarten berücksichtigt.
- Wir setzen uns für das Recht unserer Bürger ein, ihr Leben möglichst selbstbestimmt zu führen.
- Wir wollen, dass Wissen, Kunst und Kultur allgemein zugänglich sind.
- Unser Menschenbild ist geprägt von Vertrauen, dies steht im Gegensatz zu Überwachung und Bevormundung.

KOMMUNALPROGRAMM

Transparenter Haushalt

Der Haushaltsplan inklusive Stellenplan soll vor Beschluss durch den Gemeinderat veröffentlicht werden, damit Bürger die Diskussion begleiten können. Der Plan und der beschlossene Haushalt werden in offenen Formaten mit einer freien Lizenz und separat in einem maschinenlesbaren Format online zur Verfügung gestellt und archiviert.

Bürgerhaushalt

Wir befürworten die Einführung eines Bürgerhaushalts, durch den die Bewohner Karlsruhes aktiv direkten Einfluss auf einen Teil der Ausgaben der Stadt nehmen können.

Restriktiver Umgang mit Meldedaten

Privatpersonen, Firmen, Kirchen, Parteien und andere Einrichtungen fordern von Bürgerämtern Daten über Bürger ohne deren Einwilligung an, um diese zu privaten oder kommerziellen Zwecken zu verwenden. Eine Weitergabe von Informationen über Bürger ohne deren Wissen und Einwilligung lehnen wir ab. Die Stadt Karlsruhe soll die Herausgabe von Meldedaten so restriktiv wie möglich handhaben, um dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gerecht zu werden. Wir setzen uns für eine neue Regelung zur Datenweitergabe ein. Bei dieser soll grundsätzlich eine Zustimmung erforderlich sein. Bis dahin soll den Bürgern bei der Änderung Ihrer Meldedaten konkret der Widerspruch empfohlen werden.

Fahrscheinfreier ÖPNV

Die Piraten Karlsruhe sind davon überzeugt, dass ein fahrscheinfreier öffentlicher Personennahverkehr nicht nur für die Gesellschaft und Umwelt, sondern auch für die Wirtschaft langfristig einen Gewinn darstellt. Diese Maßnahme ermöglicht mehrere Ziele zugleich zu erreichen: Die Stadt als zusammenhängender Lebensraum wird aufgewertet, da in Ballungsräumen eine stärkere Nachfrage zu einem attraktiveren Angebot führen wird. Ebenfalls steigert der öffentliche Personennahverkehr zum „Nulltarif“ die Anziehungskraft unserer Stadt auf auswärtige Besucher.

Wir sind für einen fahrscheinfreien ÖPNV in Karlsruhe. Dieser darf nicht mit einem kostenlosen Angebot verwechselt werden. Der fahrscheinfreie ÖPNV soll durch eine Umlage gemeinschaftsfinanziert werden.

Informationsfreiheitssatzung

Zugriff auf Informationen aus Politik und Verwaltung ist eine wichtige Grundvoraussetzung für eine verbesserte und zielgerichtete Beteiligung der Bürger an der Gestaltung der Gemeindepolitik.

Deswegen wollen die Piraten Karlsruhe die Einsetzung einer Informationsfreiheitssatzung in Karlsruhe, die allen Bewohnern der Stadt ein Recht auf schnellen und einfachen Zugriff auf Informationen aus dem Gemeinderat, der Stadtverwaltung und den stadt eigenen Betrieben gewährt. Informationen von öffentlichem Interesse sollen Verwaltung und stadteigene Betriebe schon von sich aus veröffentlichen. Schützenswerte, personenbezogene Daten sollen dabei nicht herausgegeben werden. Die Verwaltung und die stadteigenen Betriebe sollen dazu angeregt werden, bei Ausschreibungen, beim Erstellen von Akten und Verträgen schützenswerte, personenbezogene Daten von Anfang an separat zu führen, so dass eine Veröffentlichung der Akten und Verträge einfach möglich ist.

Videoüberwachung

Die anlasslose und pauschale Videoüberwachung im öffentlichen Raum dient lediglich der gefühlten Sicherheit und dringt unverhältnismäßig in die Privatsphäre der Menschen ein.

Die Piraten Karlsruhe lehnen Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder in öffentlichen Gebäuden ab. Kameras bieten Opfern keinen Schutz und tragen nicht zum Abbau sondern höchstens zur Verlagerung von Kriminalität bei. Die Kosten für die Installation und die Auswertung der Aufnahmen stehen in keiner Relation zum Nutzen. Eine Umorientierung hin zu effektiven Lösungen wie z.B. besserer Straßenbeleuchtung und mehr Polizeistreifen ist erforderlich.

Transparenz bei Entscheidungsprozessen

Mehr Transparenz darf nicht bei der Stadtverwaltung enden, sondern muss auch auf politische Entscheidungsprozesse ausgedehnt werden. Ein erster Schritt ist die Bereitstellung von audiovisuellen Aufzeichnungen der Sitzungen von Gemeinderatsgremien.

Die Aufzeichnungen und Protokolle sollen unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit und einfach durchsuchbar veröffentlicht werden.

Keine zweite Rheinbrücke nach Planung vom 18.02.2011

Die Piratenpartei Karlsruhe lehnt den Bau einer zweiten Rheinbrücke gemäß der Planung der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg vom 18. Feb. 2011 (PSP-Element-Nr: V.2220.B0010.N05.117.07; ca. 1,5 KM nördlich der bestehenden Brücke) mit Anbindung via Ölkreuz an die Südtangente/B10 ab.

Zweite Rheinquerung und Nordtangente

Die Piratenpartei Karlsruhe setzt sich für das Erarbeiten und Realisieren einer umweltschonenden und nachhaltigen Lösung für eine zweite Querung des Rheins in der Nähe von Karlsruhe und die Anbindung dieser Querung an die B36/A5/A8 auf Baden-Württembergischer und A65/B9/B10/ auf Rheinland-Pfälzischer Seite ein. Dabei soll die Südtangente entlastet und die Belastung für die Bevölkerung z.B. durch geeignete Verkehrsleitung so gering wie möglich gehalten werden.

Ausbau von Studentenwohnungen

Die Piraten Karlsruhe fordern, dass weitere steuerfinanzierte und bezahlbare Studentenwohnungen in Karlsruhe gebaut werden.

Sozialer Wohnungsbau

Karlsruhe mangelt es an familiengerechtem und bezahlbarem Wohnraum. Bei der Ausweisung von neuen Bauflächen für Wohnraum soll daher ein Anteil von mindestens 20% für sozialen Wohnungsbau vorgesehen werden. Auch bei bestehenden Wohngebieten soll die Stadt darauf hinwirken, kostengünstigen Wohnraum zu erhalten und weiter auszubauen. Dem Entstehen sozialer Brennpunkte soll mittels Durchmischung entgegengewirkt werden.

Sicherheitsdigitalisierung und Bereitstellung von Archiv- und Bibliotheksbeständen

Die Bestände des Stadtarchivs - insbesondere die Bestände der Stadt und der Stadtteile vor 1800 - sind weder sicherheitsverfilmt noch sicherheitsdigitalisiert. Bei Brand o.ä. würden die sehr wertvollen Bestände unwiederbringlich vernichtet und der Wissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Piraten setzen sich dafür ein, dass dieser unhaltbare Zustand schnellstmöglich beseitigt wird und entsprechende Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Piraten sind außerdem dafür, dass die Bestände aller Karlsruher Archive sowie alte Werke vor 1900 der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe digitalisiert und der Öffentlichkeit kostenlos im Internet zur Verfügung gestellt werden.

Beitragsfreie Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr

Die Bildung unserer Kinder beginnt nicht erst mit dem Schulbesuch. Um allen Kindern von Anfang an einen gerechten Zugang und gleiche Chancen zu bieten, setzen wir uns für eine beitragsfreie Kinderbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ein. Die Betreuung soll nicht nur als Übergang, sondern als Teil des zuzahlungsfreien integrierten Bildungs- bzw. Schulsystems gesehen werden.